

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 8 (1894)**

117 (24.5.1894)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-216707](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-216707)

Organ für Vertretung der Interessen  
des werththätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfsstraße Nr. 1.

|                                   |      |
|-----------------------------------|------|
| Abonnement                        |      |
| bei Monatszahlung frei in's Haus: |      |
| vierteljährlich                   | 2,10 |
| für 3 Monate                      | 1,40 |
| für 1 Monat                       | 0,70 |
| incl. Postgebühren                |      |

Er scheint täglich mit Ausnahme bei Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. Invernal bei Abgang des Heftes 10.2 bei Wiederholungen Rabatt. Vertheilungsliste Nr. 4896.

Invernal-Konkurrenz für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr 117.

Bant, Donnerstag den 24. Mai 1894.

8. Jahrgang.

### Vollsplichten und Vollrechte.

In den verhältnismäßig bestehenden Verhältnissen sowohl als in den Verhandlungen der gesetzgebenden Körperschaften ist immer viel mehr die Rede von den Pflichten als von den Rechten des Volkes gegenüber dem Staat, viel mehr von den Pflichten als von den Rechten der Schwächeren gegenüber den Stärkeren, so daß man frei nach Goethe sagen kann, von unserem Rechte ist leider selten die Frage. Vom ersten Augenblick der Geburt an erwachsen den Angehörigen Pflichten gegenüber dem Staat ebenso wie nach dem Tode des Angehörigen. Noch in den Kinderschuhen werden, un-mündig zur Ausübung mancherlei zivilrechtlicher Handlungen, ist der junge Mensch aber bereits vollständiges Objekt für das Strafgesetz, Steuerzahler — direkter wie indirekter — und vollständig zum Einlage des Lebens für das Vaterland. Angenommen wird jedem Menschen die Verpflichtung zum Gehorsam gegenüber den zahlreichen Obrigkeiten, die vom Rechtsmächtigen und vom Politischen bis hinauf zum Reichs-könig und Reichspräsidenten eine hohe Pyramide bilden. Wie ein unmündiges Kind gegenüber dem Vater, so erscheint bei dem modernen gewordenen schneidigen Regiment der beste Bürger und namentlich dann, wenn er Prekariatler in untergeordnetem sozialer Stellung ist, gegenüber der Obrigkeit und ihren Organen, ob diese nun staatlich oder kommunal sind. Es sind nicht nur Sozialdemokraten, welche meinen, daß es die verkehrte Welt sei, wenn das die Obrigkeit be-eherrschende Volk quasi ihr unterthan sein soll, während das Gegentheil ganz natürlich ist: es ist die verkehrte Welt, wenn Behörden der verrückten Anschauung thatsächlich nach-leben, daß nicht sie des Volkes, sondern das Volk ihrer-wegen da sei.

Die Pflicht, wie sie in den Militärstaaten dem Bürger auferlegt ist, die Pflicht, drei oder zwei der schönsten Jahre des Lebens dem Dienste des Staates zu widmen, ohne jede Entschädigung, die fernere Pflicht, im Kriegsfall die Gesund-heit und Leben einzusetzen mit der Aussicht, verkrüppelt oder getödtet zu werden — diese Pflichten sind so un-ermesslich schwer, so hoch, daß aus ihrer Erfüllung alle bürgerlichen und politischen Rechte, welche die demokratische Auffassung vom Staat kennt, unvertäglich auch dem mindesten Bürger zufließen sollten. Die allgemeine Wehrpflicht ist ein eminent demokratisches Prinzip und es erscheint daher nur logisch, daß ihr als Pendant alle aus dem demokratischen Prinzip fließenden Rechte gegenübergestellt werden. Wenn nun zu dieser schweren, besonders die große, unbemittelte oder nur wenig bemittelte Volksmasse belastenden Pflicht auch noch die weitere kommt, daß sie in Gestalt indirekter und direkter Steuern den Völkerntheil der Unterhaltungs-kosten des Staates tragen müssen, so ist die Grundfrage für die Ansprüche auf alle bürgerlichen und politischen Rechte eine unerlöschliche. Man könnte noch ferner an-

führen, daß es ja die Massen sind, welche durch ihre an-strengende, fleißige und schlecht gelohnte Arbeit in Land-wirtschaft, Gewerbe, Industrie und Handel der ganzen Gesellschaft die materielle Existenz ermöglichen und garantiren.

Wie sieht es nun gegenüber den schwereren, drückenden Vollsplichten mit den Vollrechten? Da zeigt uns schon die Geschichte, daß die Völker zu allen Zeiten und in allen Ländern sich ihre Rechte stets schwer erkämpfen mußten. Blutigen und unblutigen Revolutionen begegnet wir von der großen Vorzeit an bis auf den heutigen Tag. Nur in den seltensten Fällen erhielt das Volk von den Machthabern freiwillig Rechte zugesprochen. Und auch noch in den meisten Fällen, wo das so sein scheint, war es doch nur die Macht der Verhältnisse, welche die Herrschenden zwang, in flüchtiger Berücksichtigung derselben nachzugeben, um dadurch das Volk zu beschwichtigen. Aber immer waren es sehr beschränkte Zugeständnisse, die auf diese Weise ge-macht wurden. Und außerdem sind genug Beispiele be-kannt, wo auch das Wenige in passend erscheinenden Mo-menten wieder zurückgegeben und das Volk in wenig ehren-hafter, wortbrüchiger Weise über den Löffel barbiert wurde. Der Grund, warum die Herrscher früherer Zeiten und die herrschenden Klassen und Regierungen von heute nichts wissen wollen von Gewährung neuer Vollrechte oder der Erweiterung schon bestehender Vollrechte — die im Gegen-teil immer mehr beschränkt und geschnitten werden — liegt zweifellos darin, daß sie wissen, wie jedes neue Recht auch zu einer neuen Waffe gegen Unterdrückung und Ge-walt wird. Dieser Umstand führte von jeher dazu, die Begehrlichkeit des Volkes in den größten Farben zu schil-dern und daselbe als einen kaum zu befriedigenden Nimmer-satt hinzustellen.

Mit Ausnahme des Schweizervolkes hat das Volk in seinem übrigen Lande Europas die bürgerlichen und politischen Rechte, welche ihm gehören, welche es auf Grund der Erfüllung schwerer Pflichten fordern darf; selbst die elementarsten Rechte und Freiheiten liegen in manchen europäischen Staaten für die Masse des Volkes sojagals noch im embryonalen Zustande. Die Rechte der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift, der Vereinigung und der Versammlung, die Lehr- und Lernfreiheit — selbst diese einfachsten Rechte und Freiheiten sind in Deutschland, Frankreich, Österreich, Italien, Rußland, um nur die Groß-staaten zu erwähnen, theils in unvertäglich Weise einge-schränkt und werden durch Willkür und Censurierung seitens der Behörden so gut wie aufgehoben, theils existiren sie überhaupt nicht. In politischer Beziehung steht es noch schlimmer. Das aus der Pflichtenfüllung des Bürgers fließende Recht der Theilnahme an der Gesetzgebung — Wahlrecht —, das Selbstbestimmungsrecht in diesem Sinn, insbesondere das Recht des Steuerpflichtigen über Erhebung und Verwendung der Steuern zu bestimmen, die er leisten

soll; ferner das Recht, die Verfassung jederzeit zu ändern — diese Rechte besitzt das Volk nur ausnahmsweise. Von den Rechten, wie sie in der französischen Erklärung der Menschen-rechte enthalten sind, vom Rechte des Widerstandes gegen ge-waltthätige Willkürakte, namentlich willkürliche Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen und Verhaftungen, überhaupt gegen Unter-drückung, endlich vom Rechte zur Revolution, welches ein eigentliches Nothwehr- und Widerstandsrecht — von allen diesen Rechten ist erst recht in den modern-kapitalistischen Staaten nirgends die „Frage“. Man kann alle diese Rechte, welche direkt aus dem Wesen oder der Natur des Menschen gefolgert werden, daraus von selbst fließen, die natürlichen Rechte, die Menschenrechte nennen.

Soweit diese heute bestehen, kommen sie unvertäglich nur den bestehenden und darum mitherrschenden Klassen zu gute. Nur sie sind überall wahrberechtigt und wählbar — in Gemeinde und Staat, als Geschworene, in Bezirks- oder Provinzialvertretungen u. c., nur sie können sich unange-sprochen von den Behörden frei vereinigen und versammeln, frei reden und schreiben, nur gegen sie werden beschämende und strafende Gesetze erlassen oder auch gar nicht erlassen, nur sie haben in dem beherrschenden Schutz ihres Eigentums gewissermaßen das Recht auszuüben vom Staate garantirt. Der Beschloß aber hat kein Recht zu leben garantirt, da-gegen ist ihm sehr deutlich die Pflicht, für das Vaterland zu stehen, auferlegt. Die Thätigkeit der parlamentarischen Körperschaften läuft immer auf den Vortheil der Beschloßen hinaus; die geringste Zeit ihrer langen Sitzungen verwenden die Parlamente auf die Wahrung der Vollrechte. Und geschieht es ausnahmsweise einmal, dann werfen die Regie-rungen diese Parlamentarischschlüsse in den Papierkorb, während sie die vollbelastenden, die Vollrechte schmälernenden Parla-mentbeschlüsse mit wahrhaft affenartiger Geschwindigkeit genehmigen und durchführen.

Noch immer sind die Worte zutreffend, welche Rousseau in seinem „Gesellschaftsvertrag“ ausgesprochen hat. „In der That, immer sind die Gesetze denen nützlich“, sagt er, „welche befehlen, und schließlich denen, welche nichts haben.“

Wie zwischen Arbeiter und Unternehmer ein schrien-des Mißverhältnis zwischen Pflichten und Rechten für den er-steren besteht, so auch in der Stellung der großen Volks-massen zum Staat gegenüber den bestehenden Klassen im Staate. Es ist darum jedenfalls auch sehr nützlich, das Kapitel von den Vollsplichten und den Vollrechten immer wieder in kritischer Gegenüberstellung zu behandeln und so die Erkenntniß des herrschenden Unrechts zu fördern.

### Politische Rundschau.

Bant, den 23. Mai.

— Ueber die Gewerkschaftsbewegung zu verhandeln, hat der evangelisch-sozialer Kongress in Frank-furt a. M. sich berufen erachtet. Das einleitende Referat

### Durch Sturm und Wetter.

Original-Novelle von G. Meerfeld.

45. Fortsetzung. Rückwärts verboten.  
Der Todesstampf Manuffi's begann, und zwar ein so grauenhafter und hartnäckiger Todesstampf, daß selbst der Arzt, der schon an so vielen Sterbebetten gestanden, bleicher wurde, und daß der Major sich best auf dem Griff seines mitgebrachten Stodes stützen mußte.

„Zum Glück ist er allem Anschein nach wenigstens ohne Bewußtsein“, sagte er leise, aber schon in der nächsten Minute sollte er erfahren, daß auch diese Annahme eine Täuschung gewesen war.

Die schon halb gedrohenen Augen mit gewaltiger Anstrengung unnatürlich weit aufreißend, bewegte Manuffi die frampfig vergerirten Lippen zum Sprechen, und als der Arzt sein Haupt zu ihm herniederneigte, gelang es ihm, die Worte aufzusagen:

„Leo — herkommen — schnell! Ich — habe — ihm — noch — zu — gethan — aber — schnell — schnell!“

Der Doktor gab dem jungen Manne, der zu dem Fenster an die entgegengesetzte Seite der Kammer getreten war, einen Wink, und Leo leistete demselben langsam und mit schillendem Widerstreben Folge. Als der Sterbende seiner wieder ansichtig geworden war, schienen ihm die entfliehenden Lebensgeister noch einmal zurückzukehren. Er richtete ohne jede Hilfe seinen Oberkörper empor, streckte die linke Hand aus, um Leo's Arm ganz dicht heranzuziehen und ließ dann mit röchelnder Stimme zwar und in ein-seligen Lauten, aber doch für alle Anwesenden deutlich ver-nehmlich heroor:

„Dein Vater — Ewald von Prosky — er starb — durch meine Schuld! Die neue Beschimpfung auf

jener Probe im Circus — ich — ich konnte sie ihm nicht verzeihen! Ich schlich mich hinter den Wagen — reizte den Löwen durch einen Dolchstoß — denn ich ihm heimlich verzeihe, weil — ich — mußte, — daß er ihn — dann nothwendig — zerfleischen mußte! — Ah — es — ist — heraus! — Verzeih' mir — verzeih' mir —“

Mit einem verzweifeltsten Stöhnen sank er zurück, denn Leo hatte, laut aufschreiend, seine Hand von sich gelodert. Eine furchtbare Veränderung war in seinem Antlitz vorge-gangen, alle Muskeln derselben waren angespannt, blutige Streifen zeigten sich auf dem Weißen seiner Augen und seine Hände waren geballt, als wollte er sich jetzt noch auf den Mörder seines Vaters stürzen, der es wagte, in einem Athem mit dem Gehändnis seiner gräßlichen Schuld seine Verzeihung zu erheben.

Aber der Glende lag da als ein wehrloses Opfer des Todes, und nur nach Sekunden noch konnte der Rest seines nichtsmwürdigen Daseins zählen. Er wand sich in Quater, denen selbst kein grimmiger Feind nicht ohne eine Regung des Mitleids hätte zusehen können; sein Gesicht hatte eine blauliche Farbe angenommen, die Augen traten weit aus ihren Höhlen heroor und blutiger Schaum bedeckte seine Lippen.

Zum Glück hatte dieser entsetzliche Todesstampf jezt noch eine verhältnismäßig kurze Dauer. Das Sträuben des einkl so riefenhaften Körpers gegen die jermalmende Umarmung des Todes wurde schwächer und schwächer, die zusammengeframpften Glieder begannen sich allmählich zu lösen und lang auszustrecken — ein kurzes Köpfeln noch, ein letzter tiefer Athemzug — ein Athemzug gleichsam der Erleichterung — dann war es überhoben.

Der Arzt drückte dem Verstorbenen die Augen zu und machte dem Major ein Zeichen, daß seine Gegenwart hier nicht mehr von Vortheil sein konnte, aber Herr von

Below dachte auch nicht mehr daran, länger zu verweilen. Er hatte nur mit einer Art von Grauen die Jüge des Tobten angesehen, dann hatte er sich zu Leo gewendet und seinen Arm ergriffen, um ihn mit sich fortzuführen. Aber der Unterinspektor sträubte sich dagegen. Er machte sich von dem Griffe des Majors frei und hob abwendend die Hand. Sein Gesicht war todtentleisch und seine Jüge waren so harr wie die eines Marmorbildes. Nur auf dem Grunde seiner Augen brannte ein unheimliches, verzehrendes Feuer und seine Mundwinkel eritterten jowellen in einem nervösen Zucken. Seine unsicheren Blicke suchten den Ausgang des Zimmers. In seinem Innern war offen-bar in diesem Augenblick für nichts Anderes Raum als für den Wunsch, zu entfliehen, weit — weit, so weit, als ihn nur immer seine Füße tragen wollten, um kein Menschen-gesicht zu sehen, keine Menschenstimme mehr hören zu müssen. Der Major durchschaute diese Absicht sehr wohl, aber er ließ sich durch die Järtschwärze, welche ihm zu Theil geworden, nicht abschrecken. Obwohl er von Manuffi's Enthüllungen nichts weiter als sein letztes Geständnis ver-nommen hatte, so delaf er doch Menschenkenntnis genug, um zu fühlen, daß es ein gar gefährliches und unvertägliches Beginnen sein würde, den jungen Mann in seinem gegenwärtigen Zustande sich selber zu überlassen. Er schob darum zum zweiten Male seinen Arm unter denjenigen Leo's und führte ihn mit Gewalt hinweg. Langsam schritt er mit ihm auf dem schmalen Balzwege durch das Gehölz in's freie Feld hinaus, ernst und herzlich und eindringlich zu ihm sprechend, wie ein Vater zu seinem Sohne spricht. Und unter der sänftigsten Wirkung dieses liebevollen Ja-spruches löste sich endlich die Startheit des ungeheuren Schmerzes und laut aufschluchzend sank Leo an die Brust seines Wohlthäters.

(Fortsetzung folgt.)

dazu hielt ein früherer nationalliberaler Reichstags-Abgeordneter, Landgerichtsrath Kulemann-Braunschweig. Seine Ausführungen lassen erkennen, daß er nicht kompetent ist, über dieses wichtige Stück Arbeiterbewegung ein Urtheil abzugeben. Es mag hingegen, daß er — frei nach Adolf Meyers Kritik in dessen „Emanzipationskampf des vierten Standes“ — die Reich-Dummkopfen-Organisationen dahin beurtheilt, daß sie eng an die politische Partei (seinfrünige) sich anlehnen und zum Individualismus geneigt sind. Aber was er über die sozialdemokratischen Gewerkschaften sagt, ist die Quintessenz aller tendenziösen Unwahrheiten, welche die bürgerliche Presse seit längerer Zeit zu verbreiten beliebt. Danach sollen die sozialdemokratischen Gewerkschaften in einen „gewissen Gegenlag“ zu der politischen Parteilaktion getreten sein, weil sie „auf dem Boden der gegenwärtigen Ordnung ihre Lage verbessern wollen“. Deshalb seien die Gewerkschaften der politischen Partei „ein Dorn im Auge“!!! Wir haben in den letzten Monaten öfter Anlaß gehabt, diese absonderlichen Unwahrheiten zurückzuweisen, die besonders seit unserem letzten Parteitag von der gegnerischen Presse fruchtbar worden sind. Nur eine kritische Bemerkung wollen wir hier dazu machen: die politische Partei steht durchaus auf dem Standpunkt, daß die Arbeiter beschützt werden müssen, auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse ihre Lage zu verbessern. Ein großer Theil unseres Parteiprogramms enthält bekanntlich lediglich solche Forderungen, welche dieser Nothwendigkeit Rechnung tragen. Und die beschriebenen Verhandlungen und Beschlüsse unserer Parteitage — besonders des letzten — die Taktik unserer Parteilaktion und die Stellungnahme unserer Parteiliefer, sowie der einzelnen örtlichen Parteigenossenschaften lassen für den ehrlichen und urtheilsfähigen Beobachter denn doch gewiß nicht den geringsten Zweifel darüber, daß die Gesamtpartei der Sozialdemokratie durchaus und in entscheidender Weise mit der Nothwendigkeit rechnet, den Arbeitern durch die gewerkschaftliche Organisation eine Verbesserung ihrer Lage zu ermöglichen. Ja, die maßgebende Stimmung in unseren Parteilagern geht dahin, daß die Gewerkschaften als solche, daß die Arbeiter innerhalb des Rahmens ihrer gewerkschaftlichen Organisation sich lediglich mit nur gewerkschaftlichen Fragen beschäftigen und dem Bedürfnis der politischen Propaganda innerhalb der Gesamtpartei als Mitglieder derselben genügen. — Das ist die Wahrheit, Herr Landgerichtsrath Kulemann! Der nationalliberale Sozialpolitiker verläßt die Arbeiter zu schmeicheln, indem er die Berechtigung der gewerkschaftlichen Organisation jagt, so insbesondere, die Löhne zu erhöhen. Aber weder er noch einer der folgenden Redner hatte ein Wort der Kritik dafür, in welcher brutaler Weise das Unternehmertum, oft mit behördlicher Hilfe, die Gewerkschaften bekämpft hat, daß seine eigene Partei innerhalb und außerhalb der Gesetzgebung alles Mögliche gethan hat, der Bekämpfung und Unterdrückung der Gewerkschaften Vorstoß zu leisten. Gegen den Anschlag an die bestehenden Reich-Dummkopfen Gewerkschaften hat Herr Kulemann nichts einzuwenden, trotz des politischen „Schleppens“, weil gerade der etwas mangelhafte Charakter durch den Eintritt evangelisch-sozialer Elemente gebessert werden könnte. Dagegen kann er sich für den Anschlag an die Fachvereine nicht sehr erwärmen, obwohl bei der Rivalität zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Bewegung jener, durch eine Stärkung dieser, Abbruch gethan werden könnte. Welchen Frieden der evangelisch-soziale Kongreß die Gewerkschaftler dienbar machen möchte, zeigt übrigens auch folgende Resolution:

„Der Kongreß erkennt die Nothwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation der deutschen Arbeiterkraft an, stellt jedoch, daß der bisherige rein politische Charakter der Gewerkschaften mehr und mehr einen arbeitslichen, mit Klagen und Rechten ausgestatteten sachgenossenschaftlichen Organisation Platz macht. Der Kongreß erwartet von einer solchen nicht nur die stützende Hebung, gewerkschaftliche Förderung und wirtschaftliche Sicherung der Arbeiterkraft, sondern auch die Herausbildung eines solidarisches Geistes und dadurch eines positiven Gegengewichts gegen die politische Sozialdemokratie und eine allmähliche Winkerbung des Gegensatzes zwischen den Klassen der Arbeiter und Arbeitgeber.“

Die Arbeiter werden sich mittelst lächelnd mit diesem christlich-sozialen Vernünftigen, die Gewerkschaften gegen ihre eigene gute Sache einzusehen, abzufinden wissen. Sie haben kein Verhältniß für die Annäherung der christlich-sozialen Elemente, sie bevoormunden zu wollen; der Rathschlag der Herren Kulemann und Genossen können sie entbehren.

Verbotener Parteitag. Am 14. Mai sollte in Königsberg ein sozialdemokratischer Parteitag stattfinden für das Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt; derselbe wurde aber verboten. In dem das Verbot begründenden Schreiben heißt es: „Nach § 8 der Verordnung vom 23. Mai 1856 (Ges.-S. S. 147) sind im hiesigen Fürstenthum Arbeitervereine und Verbindungen, welche sozialistische und kommunistische Zwecke verfolgen, verboten. Nach Nr. 2 der Tagesordnung des angemeldeten sozialdemokratischen Parteitages soll jedoch über die Thätigkeit einer solchen verbotenen Organisation, bezw. einer Kommission derselben Bericht erstattet werden. Hierin muß ich eine Gefahr für die öffentliche Ordnung erblicken. Die angemeldete Versammlung wird deshalb von mir auf Grund des § 8 des Gesetzes vom 5. Januar 1894, die Ausübung des Versammlungsrechtes betreffend, hiermit verboten. Uebrigens erweckt die Fassung der Nr. 1 der Tagesordnung insbesondere bei rechtsunkundigen Personen event. die Meinung, als wenn der Landtag des Fürstenthums auf dem sozialdemokratischen Parteitag über seine Thätigkeit Bericht erstatten lasse und damit den Landtagsabgeordneten Karl Apel aus Frankenshausen betraut habe. Dies entspricht selbstverständlich weder dem Thatfachen unserer Verfassung und ist als eine Verleumdung des Landtages anzusehen.“ — Als Antwort auf dieses Verbot verbreiteten unsere Genossen im Wahlkreis Schwarzburg-Rudolstadt ein

Flugblatt mit der Ueberschrift: „Warum muß die Sozialdemokratie regieren?“

Der Berliner Anwaltsverein beschloß die Erklärung, daß die Leitung des bekannten Prozesses gegen die neun Redakteure durch Landgerichtsdirektor Brausewetter eine dem Geiste unserer Gesetzgebung widersprechende gemein und geeignet sei, der Achtung des Volkes vor der Rechtspflege Abbruch zu thun und eine gezielte Mitwirkung der Vertheiligung bei der Rechtspflege in Frage zu stellen.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz über die Abzahlungs-Geschäfte.

Wie Herr Riquel Minister geworden ist, darüber herrscht der „Reichsbote“ eine angeblich auf Thatfachen beruhende Version. Das Blatt zählt folgende verschleierte Gelegenheiten auf, bei denen eine Ministerkandidatur Riquels bereits in Frage gekommen habe: 1884 habe Bismarck Herrn Riquel an Stelle des Ministers v. Buttamer bringen wollen. Riquel habe aber abgelehnt. 1887 habe der Reichskanzler Herr Riquel mit dem Portefeuille des preussischen Handelsministeriums betrauen wollen, sei aber in Folge einer Auseinandersetzung zwischen der „Kreuzzeitung“ und der „Germania“ wieder davon abgekommen. 1889 sei dann die Bekanntschaft Kaiser Wilhelms II. mit Riquel durch den Grafen Walbersee vermittelt worden. Walbersee und Riquel hätten im Herrenpaule rege Fühlung genommen und sich besonders in kirchlichen Fragen zusammengefunden. So habe die Idee, deren Verwirklichung die bekannte Walberseeverammlung von 1887 galt, an Riquel einen kräftigen Vertreter gehabt. Durch Empfehlung des Grafen Walbersee sei Herr Riquel dann beim Kaiser eingeführt worden. Kurz darauf habe der Kaiser ihn bei dem Kriegsminister mit den Worten: „Sie sind mein Mann!“ angetruht; bei der Anwesenheit des Kaisers in Frankfurt a. M. im Dezember 1891 wurde dann Herr Riquel besonders geehrt, und ein halbes Jahr später wurde er Finanzminister. — Man darf gespannt sein, ob diese Angaben ohne Erwiderung bleiben werden. Es wäre in der That interessant, wenn Herr Riquel dem Grafen Walbersee seine Minister-Karriere zu verdanken hätte, und von besonderem Interesse würden hierbei die kirchlichen Berührungspunkte zwischen diesen beiden Politikern sein.

Wo steht der Leib? Rein Mensch will es wissen; nach neueren Meldungen soll er nach Amerika ausgedreht sein. Auch der amtliche Bericht über die schauerhaften Kammerner Greuelthaten läßt lange auf sich warten. Das „Deutsche Kolonialblatt“ veröffentlicht in seiner neuesten Nummer Einiges aus dem Berichte des nach Kamerun entsandten Legationsrathes Rose. Derselbe erhebt sich in Schilderungen über die Fortschritte und Schönheiten der Kolonie — sein Wort jedoch über die Verhaltungen der Herren Leib und Wehlan.

Ein neues Stück „Rechtsgleichheit“. Der „Reichsanzeiger“ brachte folgende speziell die preussische Staatsbürgerchaft interessirende Notiz: „Die nach Maßgabe des Gesetzes vom 18. Juli 1892 festzusetzenden Entschädigungen für die Aufhebung des den vormals unmittelbaren deutschen Reichsständen zugehörigen Rechts auf Freiheit von ordentlichen Personalsteuern sind nunmehr zur Gesamtbetrag von M. 1845646 ermittelt, während dieser Betrag in den Motiven des betreffenden Gesetzesentwurfs auf M. 2400000 mit 2700000 veranschlagt war. Hiermit ist nunmehr die volle Rechtsgleichheit in der Tragung der Staatslasten hergestellt und eine in früherer Zeit zu vielen politischen Differenzen führende Streitfrage unter Schonung der bestehenden Rechtsverhältnisse in befriedigender Weise erledigt worden.“ — Den „maßgebenden“ Kreisen mag diese Erledigung als „befriedigend“ gelten, das preussische Volk hat seinen Grund, beklüßigt zu sein. Die Steuerfreiheit der sogenannten „Reichsunmittelbaren“ war ein schmachliches Ureth am Volke. Und nun wird den nachkommen Derer, die dieses Privileg lange Zeit hindurch genossen haben, dafür, daß man es ihnen nimmt, auch noch aus den Mitteln des Volkes eine Entschädigung gezahlt und noch dazu in einer Zeit, wo wichtige kulturelle Einrichtungen, wie die Schule, wegen Mangels an Mitteln erhebliche Vernachlässigung erfahren.

Ein staatsrechtlicher Unfug! — Schreibt die „Augenburger Postzeitung“ — greift in Berlin um sich, gegen den wir wieder einmal Front machen müssen. In amtlichen Aktenstücken und Heften ist neuerdings wieder die Rede gemein von „der kaiserlichen Politik“; es geht aber in Deutschen Reiche eine solche nicht, sondern nur eine Politik des Bundesrathes, dessen Präsident der König von Preußen mit dem Titel „Deutscher Kaiser“ ist, ohne die Prärogative der Leitung durch seinen Willen. — In Bayern scheinen überhaupt neuerlich sich Regungen gegen das Uebergewicht der preussischen Krone geltend zu machen. Man meldet aus München unterm 10. Mai: In der gestrigen Reichsrathssitzung kam es zu einer hochinteressanten Rundgebung. Man erinnert sich, daß seiner Zeit der Kaiser in das „Goldene Buch“ der Stadt München die Worte eingeschrieben hatte: Regis voluntas suprema lex („Der Wille des Königs ist das oberste Gesetz“). Gestern erklärte nunmehr Prinz Ludwig unter großer Spannung der Zuhörer, daß das Wohl der Allgemeinheit Allem voranginge nach dem Grundsatz: Salus publica suprema lex („Das öffentliche Wohl ist das oberste Gesetz“). Der Zwischenfall wird vielfach in politischen Kreisen kommentirt.

Der achtstündige Arbeitstag. Folgende der Behauptung bedürftige Nachricht finden wir in den Zeitungen: Seit einigen Tagen hat die Verwaltung der sächsischen Staatsbahnen für die in den Haupt-Weichengürteln des Bahnhofs Friedrichstadt in Dresden stark beschäftigten Beamten die achtstündige Arbeitdauer eingeführt. Voraussetzlich wird die gleiche Einrichtung auch auf den

anderen sächsischen Bahnhöfen, wo gleiche Verhältnisse herrschen, zur Einführung gelangen.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 21. Mai. Von den zwölf heute Abend von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in verschiedenen Stadtbezirken abgehaltenen Volksversammlungen, auf deren Tagesordnung das Coalitionrecht der Arbeiter und die Stellung der Behörden zu demselben stand, wurden fünf wegen unregelmäßiger Neben (!) aufgelöst.

Fürliche Worte. Vor 4 oder 5 Jahren veröffentlichte bekanntlich der österreichische Erzherzog Johann auf Rang, Titel und Fürstentum, nach dem bürgerlichen Namen Johann Orth an, wurde Schiffskapitän und ist mit seinem Schiffe spürlos verschwunden. Es werden jetzt Aussprüche von ihm veröffentlicht, die in einem seinen Entschluß erklärenden Schriftstück enthalten sind. Wir greifen folgende heraus: „Ich muß aufhören, Prinz zu sein, um Mensch sein zu dürfen. — Ich suche das Recht auf Arbeit. — Bin zu stolz, um einen fürstlichen Rückschlag annehmen zu können. — Ich will nicht das Geld des Volkes ausgeben wie Andere. — Ich will dem Staate keine Last sein, dem ich nichts leisten darf. — Meine Standesgenossen betrachten es als Schande, wenn ich mir das Leben selbst verleihe.“ — Daß Erzherzog Johann mit solchen Grundfragen nicht für sich bleiben konnte, ist einleuchtend. Und er hat wohl manchmal an das Wort Rousseaus an die Marin Katharina gedacht: „wenn ich das Unglück hätte, Fürst zu sein“!

### Frankreich.

In der Deputirtenkammer brachte Genosse Jules Guesde einen Antrag auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages ein und verlangte die Dringlichkeit. Der Minister der öffentlichen Arbeiten Johannant bekämpfte den Antrag auf Dringlichkeit, welcher mit 401 gegen 94 Stimmen abgelehnt wurde. Der Antrag Guesde wurde einstimmig der Arbeitskommission überlassen.

### Belgien.

Das internationale Wodspiegelthum. Die Lütticher Attentate sind, wie aus den Gesandtschaften des deutschen „Anarchisten“ Müller, welcher der Dumme und Betrogene gemein zu sein scheint, hervorgeht, von einem geheimnißvollen, russischen Barons, Herrn Unger v. Sternberg“ veranlaßt worden, der überall in Europa herumgerichtet ist, auch in Berlin war und sich für einen Verwandten des russischen Gesandten in Paris ausgibt. Der Name ist schwerlich richtig, wahr ist aber, daß der Mann über große Selbstwissen verfügt und die Anführung zu Dynamit-Attentaten mit der Konfuzance eines Springz-Wahlens betriebe, und daß ihn trotzdem die Polizei niemals belästigt hat. Auch jetzt ist er der belgischen Polizei entwischt, obgleich sie nur die Hand an ihn hätte zu legen gehabt. Jedenfalls haben wir es hier mit einem Hauptagenten des internationalen Wodspiegelthums und Polizei-Anarchismus zu thun und es würde sehr gut sein, wenn er von Sozialisten abgegriffen, und sozialistischer Justiz unterworfen würde, wie weiland Schröder und Haupt. Denn die Polizei wird ihn schwerlich entdecken.

### Serbien.

Belgrad, 21. Mai. Der Verfassungswechsel hat die jetzt im Königreiche keine besondere Aufregung hervorgerufen. Einige radikale Blätter haben ihr Erscheinen eingestiftet.

### England.

London. Zu einer Katastrophe spitzen die Verhältnisse in Indien sich immer mehr zu. Das Orundübel, an welchem Indien leidet, ist die entlose und immer weiter um sich greifende Ausbeutung, um nicht zu sagen Ausplünderung, des indischen Volkes zu Gunsten der anglo-indischen Bureaucratie, welche, den Ernst der Finanzlage missachtend, ihr Möglichstes thut, um die Eingeborenen von der Theilnahme an der Verwaltung fern zu halten. Was Indien nöthig hat, ist größere Sparamkeit in der Verwaltung, welche, mehr als bisher der Fall ist, den Eingeborenen selbst sollte ausgehändigt werden. In der That wird der schlimme Zustand der indischen Finanzen von Sachverständigen als die größte Gefahr angesehen, welche die Sicherheit und Befähigung der englischen Herrschaft in Indien bedroht. Trotz seiner ungeheuren Ausdehnung ist Indien überbevölkert; auf dem Nationalkongreß in Lahore wurde die Thatfache betont, daß von den Einwohnern Indiens 50 Millionen fortwährend am Hungertuch nagen, während in jeder Dekade mehrere Millionen Hungertod sterben. Eine Verminderung der eingeborenen Rassen mit der englischen ist unmöglich und das Klima verbietet eine bleibende Kolonisierung durch die Engländer. Trotzdem haben diese unter Vermuthung der zum Theil allerdings schon erschöpften natürlichen Hilfsquellen des Landes der theils eingeschickerten, theils zum gestanten eingeborenen Bevölkerung ein Jahreseinkommen abgerungen, welches um nahezu drei Millionen das Gesamteinkommen der großen, noch unbedeckten und wenig entwickelten elf britischen Kolonien in Australien, Amerika und Afrika übersteigt. Die Frage ist: kann Indien sich noch lange zu Gunsten englischer Beamten des Zivils und Militärdienstes das Lebenslicht ausblasen lassen? Der Tag dürfte nicht mehr sehr fern sein, wo die Engländer in die unangenehme Nothwendigkeit versetzt werden, diese unbrüderliche Frage zu beantworten. Die in Calcutta erscheinende Zeitung „Englishman“ veröffentlicht einen Privatbrief aus dem Staate Behar bezuglich des Beharischen der Rangabäume mit Schmutz und Menschenhaare. Der Verfasser des Briefes sagt, daß die Gährung in Behar zunehme und das Behar die Rassen für die Verarmung an den heiligen Rassen von Kanakpur zu interessieren. Das indische Volk glaubt nämlich, daß die Götter dort Draht verknüpfen werden zum Schutz des Viehes und zur Vertheilung der europäischen Indigoerzeuger aus Behar. Es soll sich schon

unter den Intern ein Bund gebildet haben zur Vertreibung der Kaiser.

**Rußland.**

**Petersburg, 21. Mai.** Die Polizei hat wieder eine weitverbreitete Verbindung mit sozialrevolutionären Bestrebungen entdeckt, welcher vorwiegend Studenten, ältere Schüler und kleine Beamte angehören. Waffenversteckungen in Petersburg, Moskau und andern Städten wurden vorgenommen; außerdem wurden revolutionäre Flugblätter und an den Jaren gerichtete Proklamationen beschlagnahmt. Unter den zu der Verbindung gehörten Personen befinden sich auch der Sohn und die Tochter einer Generalin. Bei dem Mädchen fand man auf dem Körper davorgenommene Briefe und Drucksachen, sowie den Schlüssel zu den in Chiffre schrift abgefaßten Korrespondenzen. Dieselben sind 26 Personen in die Peter Paul-Festung eingeliefert worden. — Während auf thronlosen Köpfen stehender Reichthum wird also mehr und mehr untermüht, nichts wird seinen Sturz aufhalten.

**Mexiko.**

**Washington.** Der Arbeitslosenführer und Pierre Häbler Cozen wurde zu 20 Tagen Gefängnis und 500 Dollars Geldstrafe wegen des Einbruchs in d. s. Kapitalgebiet am 1. Mai verurtheilt.

**Fünfter internationaler Bergarbeiter-Kongress in Berlin.**

(Schluß.)

**Müller (Reichstagsabgeordneter):** Es ist nachgerade Zeit, daß die Frage der Ueberproduktion von dem Kongress behandelt werde. Das Kohlensteuern hat die Förderung einmal um 8, jetzt um 12 Prozent eingeschränkt, um der Ueberproduktion zu steuern. Aber bei dieser Einschränkung haben nur die Unternehmer den Vortheil, den Arbeitern dagegen wurde der Lohn kürzer. Das ist Zeugnis der Ueberproduktion, aber in rein kapitalistischem Sinne. Der Staat ist nicht gebunden; wenn er aber nicht, hier eingreift, so erweist er sich eben als unfähig, den Interessen der Gesamtheit gerecht zu werden, er sei einfach bankrott. Weil wir aber allein alle Zahlen zu tragen haben, während die Werke einschädigt werden, die die Produktion einschränken, so müssen wir eben dafür wirken, daß die Gesetzgebung eingreift. Lassen wir die Engländer hierbei im Stich, so wäre das kein schönes Zeichen internationaler Solidarität. Dringen wir hier kein positives Resultat zu Stande, so müssen wir uns schämen, nach Hause zurückzukehren. 105 Mann seien eben wieder abgelehnt worden; wer sorgt für diese Ausläufer? Nehmen Sie deshalb die deutsche Resolution an. (Beifall.) Die Engländer beantragen folgende Resolution:

„Der Kongress ist der Ansicht, daß die Ueberproduktion von Kohlen von der Einschränkung ungenügender Arbeiter in die Bergwerke und der ungenügenden Zahl der Konsumenten der Kohlen untereinander herrscht. Der Kongress kommt deshalb überein, daß als Nationalität jedes zulässige Mittel anzuwenden seien, um die Kohlenförderung einzuschränken und mit geeigneten Mitteln zu versehen, die ungenügenden Arbeiter von der Einflucht in die Bergwerke für die Zukunft abzuküpfen. — Thema: Kohlenmarkt.“

**Kepler:** In einzelnen Punkten befinden wir uns in Uebereinstimmung mit den Resolutionen der Deutschen und Belgier. Räter der Ueberproduktion leben die Arbeiter aller Länder außerordentlich; sie ist eine der ersten Fragen, die die Bergarbeiter beschäftigen können. In vielen Bergwerken Englands beträgt die Arbeitszeit in der Woche nur drei bis vier Tage, so sehr ist durch Ueberfüllung der Gruben mit Arbeitern die Arbeit selber eingeschränkt worden. Man leidet nicht nur an einer Ueberproduktion von Konsumtionsmitteln, sondern auch an einer Ueberproduktion der Arbeit. Die Engländer glauben nicht, daß sich der beste Plan in kurzer Zeit durchsetzen läßt. Es ist sehr leicht, zu sagen: das soll geschehen, aber wo sind die Leute, wo die Organisationen, die es wirklich durchführen können? Wegen seiner Unflexibilität erwidert uns der belgische Plan nicht durchführbar. In England wird demnach dem Parlament ein Beschlusses vorgelagt, der es verbietet, daß junge Leute, die älter sind als 18 Jahre, in den Gruben nicht angelernt werden. Wenn dieser Entwurf Gesetz wird, kann hört die Ueberfüllung der Gruben mit ungenügenden Arbeitern auf.

Der der Bestimmung erklärt der Präsident Engländer, daß eine zweite Resolution der französisch-belgischen Gruppe einzufließen sei, aber geschilderungsunfähig, da sie dem Geschäftsamt nicht vorgelegen habe, nicht zur Bestimmung gestellt werden können. (Vorlesung der Belgier und Franzosen.) Diese Resolution Galvignac lautet: „Die Frage der Ueberproduktion ist so kompliziert, daß sie auf diesem Kongress nicht behandelt werden kann. Deshalb wird die unmittelbare Ernennung eines Ausschusses von neun Mitgliedern (für jede Nationalität drei) vorgeschlagen, der die Frage prüfen und dem nächsten Kongress Bericht darüber erhalten soll. Dieser Ausschuss soll sechs Monate vor Eröffnung des nächsten Kongresses zusammenzutreten.“

Die englische Delegation stimmt einstimmig gegen die erste belgische Resolution (Wazelle) ab. Die Belgier legen daraufhin ihre erste Resolution zu Gunsten der zweiten nieder. Nummer vier über den belgischen Antrag abgelehnt. Die französisch und belgischen Delegierten enthalten sich bei der Abstimmung. Von den englischen Delegierten enthalten sich die Vertreter von Durham und Northumberland bei der Abstimmung. Die übrigen stimmen dagegen. Dafür nur die Deutschen und Oesterreicher. Die deutsche Resolution ist mit 292 300 Stimmen (der Auftraggeber der Delegierten) abgelehnt. Die Abstimmung über die englische Resolution ergibt ihre Ablehnung durch die Deutschen, Oesterreicher, Franzosen und Belgier. (463 000 Randstare.) Dem von Engländern enthalten sich die Delegierten von Northumberland und Durham bei der Abstimmung. Die Vertreter von Süd-Wales sind bereits abwesend. Die übrigen englischen Delegierten stimmen dafür. (475 000 Randstare.) Die englische Resolution ist demnach angenommen. Protestrufe der Deutschen, Franzosen und Belgier. Galvignac verlangt erneut die Abstimmung über seine Resolution. Der Präsident läßt die Abstimmung als der Geschäftsordnung widersprechend nicht zu. (Unruhe.) Sade (Belgier): Die Engländer handeln ganz eigenmächtig. Durch ihre Geschäftsleitung sind wir geradezu über's Ohr gehauen worden. Ich konstatiere, daß auch die englische Resolution keinmal dem Geschäftsamt nicht vorgelegen hat. Präsident Wilson: Die Resolutionen werden gebildet; sie ist nach allen Regeln der Geschäftsordnung erledigt worden. Callwaert (Belgier): Die Engländer haben in der Regel, aber Zeit hier in Anspruch genommen. Wie haben, durch unrichtige Uebersetzung der Worte des Präsidenten verursacht, unsere Resolution zurückgegeben. Es ist notwendig, daß unsere zweite Resolution nicht zurückgegeben werden soll. Präsident Wilson: Dieser mehrschneidige als mittlere Zwispalt wird ich nicht lange mehr verbalen. Es ist ein Streit um so unwichtige Dinge, daß er unsere Eintracht nicht führen kann. (Beifall.) Dieser sind die englischen Delegierten gerungen, heute Abend abzurufen. Das Wort wird nunmehr dem Oesterreichischen Delegierten Müller eilt, der folgende Fragen an den Kongress stellt: „In Anbetracht, daß augenblicklich in Oesterreich viele Tausende Arbeiter freies und jetzt schon 300 Arbeitslose unterstützt werden müssen, frage ich, wie der Kongress meine dringenden Bitten zu unterstützen gedenkt.“ Müller: Können Sie sich bereits sagen, daß die Bergarbeiterverhältnisse in Oesterreich die denkbar schlimmsten sind.

16 Stunden Arbeitszeit sind keine Ausnahme, die Löhne sind jämmerlich, durch mangelhafte Schneehäbe verringert; man sie auf 1 Gulden und darunter per Tag. Die Gesetzgebung trägt sich nicht genug, einmal zu thun, die Geschäftsstellen sind den Unternehmern gegenüber schmächtig. So bleibt und denn nicht anders übrig, als in den Kampf zu gehen. Wilson und Callwaert erklären, daß ein großer Teil der englischen Delegierten den Kongress verlassen müßte, da die Reisevorbereitungen sie dazu zwingen. In der Einladung sei über dies gesagt worden, daß der Kongress nur bis Freitag gemietet sei; wären nicht so lange Debatten gewesen, so hätte man die Tagesordnung erledigt haben können. Callwaert weist darauf hin, daß es die Engländer gewesen seien, welche die Debatten in die Länge gezogen haben. Wilson: Der Oesterreichische Delegierte müßte sich vorläufig damit begnügen, die selben der Oesterreichischen Bergarbeiter hier vorgelegt zu haben. Die Engländer werden ihnen, was in ihren Kräften liegt, die Oesterreicher zu unterstützen. Auf Anweisung Müllers trägt Wilson einige fernwärtige Worte des Rücksichts an die Deutschen, Oesterreicher, Franzosen und Belgier. Wenn in letzter Stunde auch ein Mißlingen in der Verhandlungen hineingekommen, so müßten die Engländer, die dies auf die sprachliche Mängel zurückzuführen, doch immer gegen bereit sein, in internationaler Solidarität mit den übrigen Nationen zusammen zu arbeiten. (Beifall.) Zimmermann ruft den schwebenden Engländern ein herzliches „Gut auf die Reise zu.“ (Beifall.)

Am 19. Mai tagte die letzte Sitzung des Kongresses. Die englische Delegation ist bis auf zwei Mitglieder Bailey (Rotttingham) und W. Johnson (Milbank Federation) abgereist.

Der belgische Delegierte Callwaert eröffnet heute die Verhandlungen. Er giebt dem Sekretär Kautz, daß die Engländer zum größten Teil abgereist sind. Nur Rückkehrbereits hätten zu erwartigen Ehren Platz geben. Er sei überzeugt, daß die Engländer über ihre Absichten hinwegtäuschen hätten, den Kongress zu majorisieren, weil sie die höchste Organisation, das meiste Geld und die größten Erfolge hinter sich hätten.

Am Tagessitzung wird der französische Kommissar, zu Vizepräsidenten der Reichstagsabgeordnete Müller-Waldenburg und der Engländer Bailey gewählt. Bailey: Im Auftrag und im Namen der abgereisten englischen Delegierten habe ich die Erklärung abzugeben, daß nicht die Absicht, den Kongress zu sprengen, die Engländer vorgelegt hat abzulehnen lassen. Wir sind bereits seit 9 Tagen von der Primat abwesend und trotz der beschleunigten Abreise kommt die Mehrheit erst nach 14-tägiger Abwesenheit zurück, wo über als Sekretäre und Beamte der Organisation die wichtigsten Arbeiten warten. In einer früheren Konferenz wurde nun beschlossen, die selben hier anwesenden Engländer Bailey und W. Johnson mit der Vertretung der englischen Delegation zu beauftragen und die Anstalt der Engländer zu vertreten und an den weiteren Arbeiten teilzunehmen. Nach Meinung der Engländer müssen allerdings die prinzipiellen Fragen zurückgestellt und dem internationalen Geschäftskomitee der Kongress zur Vorbereitung für den nächsten Kongress überwiehen werden; wogegen halten es die Engländer richtig, da doch nun einmal die Mehrheit von ihnen abwesend ist, jetzt nur noch die administrativen Arbeiten zur Vorbereitung für den nächsten Kongress zu erledigen sein: d. h. die Wahl des Geschäftsausschusses für den nächsten Kongress und die Wahl des Kongressortes. Was den letzteren anbelangt, so ist von den Franzosen kein Vorschlag gemacht; wenn die Engländer auch sehr gern nach Frankreich kommen würden, so hätte er doch Vorrat für gegenwärtig als das keine Provingthätigkeit; natürlich werden sich die Engländer den Wünschen der Liebergen fügen. Aus diesem Grunde muß ich noch folgende Vorschläge. Wie Engländer sind hierher gekommen, erfüllt von dem tiefsten, herzlichsten Bedürfnis, im Verein mit den Delegierten der anderen Nationen für die Bestärkung der großen Ziele der Bergarbeiterbewegung mitzuarbeiten. Wenn trotzdem Mißverständnisse vorfallen, so waren diese doch mehr scheinbarer als wirklicher Natur; selbst in vielen Fällen stellt, werde ich mich bemühen, wertvolle Differenzen zu vermeiden. Mißverständnisse sind so ja so leicht erklärlich bei der Verschiedenheit der Sprache, bei der Verschiedenheit der Ansichten in den einzelnen Ländern und bei der Länge der Zeit, wo die verschiedenen Nationen miteinander zusammen arbeiten. Wenn man die gegenseitigen kleinen Differenzen als bedeutungslos hinstellt, so versagen diese Leute, die aus jeder Wunde einen Einschnitt machen, lassen es sich um die Arbeiterbewegung handelt, was weit größere Differenzen in unseren Parlamenten vorkommen, daß man sich dort häufig wirklich in die Haare gerät, obwohl dort gesuchte Parlamentarier, hier aber einfache Arbeiter sind. Die Mißverständnisse von gehen haben nicht Bruchwürdigkeiten an sich. Bei der heutigen Bestimmung aller Nationen ist die enge Verbindung gewiss. (Beifall.) Der französische Delegierte Cabot teilt mit, daß der Ort Lens im Auftrag einer Konferenz von 47 Delegierten der nördlichen französischen Kohlenbezirke vorgeschlagen worden sei. Schröder-Dortmund dankt den Engländern. Die Deutschen sollen die geistigen Symen ebenfalls auf wie sie. Nicht zuletzt, nur Mißverständnisse hätten geredet. Die wichtigsten Sachen hätte der Kongress erledigt. Die Deutschen schließen sich dem Wunsch der Engländer an, daß nur die rein administrativen Dinge noch erledigt werden sollten, so gern sie auch die Frage der Bergwerkseinsparung beipflichten hätten. Aber dafür seien ja noch die in Mißfall gefassten Beschlüsse maßgebend. Die Deutschen hätten den Wunsch, daß der nächste Kongress in Frankreich stattfinden, ob in Lens oder Paris, sei ihnen gleichgültig. — Nach weiterer Debatte wird Paris einstimmig als Ort des nächsten Kongresses bestimmt. Es wird zur Wahl des internationalen Geschäftskomitees geschritten. Die Engländer wählen Müller-Waldenburg, Bunt und als Erstmann Wilson; die Deutschen Müller-Waldenburg, Strunz-Juidau und Schröder-Dortmund (eine davon als Erstmann); die Franzosen Konet, Galvignac und Ramenbin (einer davon als Erstmann); die Belgier Cabrot und Callwaert; die Oesterreicher Ginge und Wolfel. Ein Generalsekretär des Komitees wird Wlad, zum Schatzmeister Bunt von dem Kongress einstimmig gewählt. Damit sind die Arbeiten des Kongresses erledigt. Der Präsident Kommissar erklärt ihn für geschlossen.

**Gewerkschaftliches.**

— Vom Lohnmittler der Reichsden Schutzmacher in Burg wird mitgeteilt, daß das Geschäft, welches die Gegner in der Kapitalistenpresse verdienen, 150 der Streikenden seien zur Arbeit zurückgeführt, falls ich bis jetzt sich noch nicht ein Streikbrecher gefunden, als Rabellen sehen hier.

— **St. Pauli, 21. Mai.** Der 21. Mai ist ein Tag der Arbeit, der die Arbeiter der Firma Müller (Fabrikarbeiter) im Streik. Zwei den Schloßern und Drechern ist streng ferngehalten. Der Stettiner Hafenarbeiter-Kreis ist zu Gunsten der Arbeiter beend.

— Der Streik der Londoner Professorentutcher geht seinem Ende entgegen. Die meisten Besizer haben bewilligt.

**Aus Stadt und Land.**

**Vant, 23. Mai.** Am Freitag, den 25. Mai, findet in Brumund's Wirtshaus eine Gemeindevorstellung statt. Auf der Tagesordnung steht die Rathausfrage, zweite Lesung der beschlossenen Anträge und Beschließenes.

**Vant, 23. Mai.** Ueber die Unterstützung der hinterbliebenen Wittwen und Waisen der bei der „Brandenburg“, Katastrophe um's Leben gekommenen Arbeiter schreibt unser Bruderorgan, die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“: Unter den Hinterbliebenen der Opfer jener furchtbaren Katastrophe vom 16. Februar herrscht großer

Unwille über die ihnen gemährten Unterstützungen. „Wer schnell giebt, giebt doppelt“, hieß es, als der Ritzgelbeutel im Bande umbergang und schnell und reichlich liefen auch die Beträge ein; aber die Wittwen und Waisen konnten lange warten, bis ihnen von irgend einer Seite die erste Unterstützung gewährt wurde. Ende April wurde ihnen das erste Geld von der Unfallrente ausgezahlt, und zwar für 13 Tage vom Februar und für März und April. Bei dieser Gelegenheit muß sich auch das Komitee, welches die eingelieferten Beträge in Verwahrung hatte, seiner Pflicht erinnern haben, denn am 28. April wurde einigen Wittwen die erste Unterstützung im Betrage von 100 Mk. gezahlt, der am 16. Mai eine weitere in gleicher Höhe folgte mit der Bemerkung: „Nun giebt es aber nichts mehr von uns, denn das Geld ist nach Berlin gefahren.“ Einer Witwe ist die erste Unterstützung überhaupt erst am 16. Mai durch den Schatzmeister des Komitee, Herrn Dr. Wegel, ausgezahlt worden. Was in Zukunft in dieser Sache geschieht, ist den Interessenten unbekannt. Und wie reichlich ist die Unfallrente! 20 Prozent von dem Jahresverdienst des Mannes und 15 Prozent für jedes Kind, im ganzen nicht über 60 Prozent kann eine Witwe bekommen. Und da spricht man noch davon, die Hinterbliebenen der im Dienst der Marine verunglückten Arbeiter würden reichlich und auskömmlich unterstützt! Unseres Wissens sind die zusammengebettelten Gaben nur deshalb gegeben, um sie den bedürftigen Wittwen und Waisen schnell zu übermitteln. Reiner wird es sich haben träumen lassen, daß die armen Wittwen 3 Monate auf die Unterstützung warten mußten. Während die Hinterbliebenen der verunglückten Militärbeamten die volle Pension bekommen, sind diejenigen der verunglückten Arbeiter bis jetzt leider auf Almosen und die unzureichende Unfallrente angewiesen. — Wenn es wirklich so schlecht mit der Unterstützung und Entschädigung dieser Hinterbliebenen bestellt ist, wie geschildert, so ist der Unwille begreiflich und haben diejenigen, welche eine dem Unglück entsprechende ausreichende staatliche Unterstützung forberten, mit ihren Gründen Recht behalten.

**Vant, 23. Mai.** Die Künstlertruppe, die im Hotel zur Krone Vorstellungen giebt, hat gestern wirklich Anerkennungswürdig geleistet und fanden die Leistungen wohl den Beifall des Publikums. Es ist für die Leute recht bedauerlich, daß auf ihnen, freilich ganz unverdient, der Fluch, der auf dem Circus Sniatsek gelafet, gleichfalls zu haften scheint und der Besuch ein recht schwacher ist. Es wäre zu wünschen, daß er sich besser und für die armen Künstler einträglichere gestaltete.

**Wilhelmshaven, 23. Mai.** Am Montag, 23. Mai, Abends 8 Uhr, findet in Rathmann's Gasthaus eine Generalversammlung der Ortskrankenkasse der vereinigten Gewerke statt, in welcher über die Anstellung von Krankenärzten, die Festsetzung des Gehaltes des Rechnungsführers und die Wahl von Krankenbeisitzern verhandelt und beschlossen werden soll.

**Leer, 23. Mai.** Zwischen hier und Hamburg ist eine Dampfschiffs-Verbindung eingerichtet worden und ist der Dampfer „Reichsanker v. Caprioi“, der die Verbindung herstellt, vorgefahren von Cuxhaven in See gegangen. — Ein großer Brand entstand hier in der vergangenen Nacht in dem an der Osterstraße belegenen vor-maligen Gebäude der Dannevorßen Bank. Wassanten bemerkten nach 12 Uhr den Rauch, schlugen die Hausthür ein und wickten die erschreckten Bewohner, welche nur das nackte Leben retten konnten. Das Feuer wurde in dem v. Nuy'schen Manufakturwarenladen entzündet sein und dort schon längere Zeit geschwält haben; bei Öffnen der Thür kam es im Nu zum Durchbruch und an ein Ketten von Gegenständen war gar nicht zu denken. Leider war bei dem herrschenden Wassermangel und dem gerabe niedrigen Stande der Leba es den bald herbeigeeilten Spritzenmannschaften sehr erschwert, aus weiterer Entfernungen und erst nach längerer Zeit das erforderliche Wasser herbeizuschaffen.

**Wismar.** Die hiesigen Richter sind in eine Lohnbewegung eingetreten und haben an die Richter folgende Forderungen gestellt: 1. Gehaltliche Arbeitzeit (bisher wurde hier alle gerichtlich 11 Stunden gearbeitet); 2. Ausgabe des Hof- und Logisgeldes leitend der Richter; 3. Minimallohn von 17 Mk. die Woche; 4. Einführung von Lohnhöhen; 5. Aufnahme der 14-tägigen Rindigungsfrist. Außer dem Minimallohn sollen die Richter gereigt sein, den Forderungen der Gehälts Folge zu geben. Diese Forderungen jedoch auf der Forderung des Minimallohn und soll ein großer Teil der Gehälts bereits genehmigt haben.

**Vermischtes.**

— Flüchtig geworden ist aus Leipzig der Postaffident Ulrich unter Mitnahme von 180 000 Mk. in 40 Geldbriefen.

— In Fürth sind bei einem Dachstuhlfeuer, das vor Tagesanbruch in einem Hinterhause der Sommerstraße ausbrach, da das Treppenhause in Flammen stand und die Feuerwehr einige Minuten zu spät erschien, zwei Rauben, 16 und 9 Jahre alt, verbrannt. Die übrigen Bewohner konnten nur schwer das nackte Leben retten. Die Feuerwehr durfte die im Raubhause stehenden räublichen Feuer nicht benutzen und mußte erst Pferde von einem Wirtshausfütcher holen.

— Gegen die im Lugluch eingeschlossen gewesenen Höhlenjäger soll gerichtliche Unterstützung eingeleitet worden sein, weil dieselben während ihres Aufenthalts in der Höhle dem Schüler Heide seinen Mundvorrath widerrechtlich entzogen haben sollen.

— Ertrunken. Bei Warmes-Siget in Ungarn klappte ein großer Floß um. Die ganze Besatzung, etwa 20 Personen, stürzte in die Tiefe und ertrank. Bis her wurden zwölf Leichen aufgelesen.

**Gedächtnis.**

Donnerstag den 24. Mai. Vorm. 3,56 Nachm. 4.1.

# Gebrauchen Sie

560 **Jetzt nach Pfingsten noch Gardinen?**

Vom Pfingstgeschäft behielten wir einen großen Haufen Reste übrig, welche jetzt **billig** verkauft werden sollen.

# Wulf & Francksen.

## Wohnungs-Veränderung.

Verlegte meine Wohnung von Tonndei 46 nach **Tonndei 18** und halte mich meiner werthen Kundenschaft auch fernerhin bestens empfohlen.

Tonndei, 21. Mai 1894.

**F. Pauls, Schuhmacher.**

## Waaren-Haus B. H. Böhrmann.

Feine  
**Kleider-Kattune**  
Batist, Bollmousetin etc.  
in prachtvollen Mustern.

Feinfädig. Prima-  
**Madapolame**  
pr. Meter 30 Pf.

Schwere Hauskleider-  
**Kattune**  
in großer Auswahl.

Unzerbrechbarer Prima-  
**Leder-Kattun**  
pr. Meter 30 Pf.

## Biere!

Empfehle das rühmlichst bekannte  
**Königer Bier** (hell und dunkel)  
36 Flaschen für 3 Mk., sowie einfaches  
und **Doppel-Braun-** und **Wetz-Bier**  
in jeder Quantität.

**Lorenz Kaufmann,**

Ulmestraße 24.

## Oberwohnung

für 120 Mk. jährlich auf sofort oder 1. Juni  
an ruhige Bewohner zu vermieten. Belfort,  
Oldenburgerstr. 1a Näheres daselbst bei  
Rechnungsf. **Goldewey.**

## Öffentliche Versammlung der Bauarbeiter und Berufsgenossen Montag den 28. Mai, Abends 8 Uhr

im Saale des Herrn Heilemann „Zur Arche“ in Bant.

### Tages-Ordnung:

1) Die Entwicklung des Kapitals und der Klassenkampf auf  
wirthschaftlichem Gebiet sowie die Lage der nichtgewerblichen Arbeiter.  
Referent Herr **Häffmeier** aus Hamburg. 2) Diskussion.

Sämmtliche Bauarbeiter sowie die Gewerkschaften werden dazu eingeladen.  
**Der Einberufer.**

## Gastwirthschaft zum „Jadebusen“.

Sonntag den 27. Mai 1894:

## Großes Konkurrenz-Regeln

zu welchem um zahlreiche Theilnehmung Freunde und Gönner freundlich bittet

**Th. Joel, Tonndei.**

## Gastwirthschaft z. „Bremer Schlüssel“.

Meinen werthen Freunden und Gönnern, insbesondere Vereinen etc., sowie zu  
Hochzeiten und bei sonstigen vorkommenden Fällen halte mein neu eingerichtetes

## Klub-Zimmer

zu gefälliger Benutzung bestens empfohlen.

Für prompte und reelle Bedienung wie auch für gute Speisen und Getränke  
wird stets Sorge getragen werden.

**Carl Späke, Neubremen.**

## Gesucht

eine dreizimmerige Wohnung zum  
1. Juni, am liebsten im Stadttheil Elsf. **Preis 150—180 Mk.**  
Offerten beliebe man in der Buchhandlung  
des Herrn **Budenberg** abzugeben.

## Zu vermieten

ein möblirtes Zimmer. Gartenstr. 1.

Ein möblirtes Zimmer für einen  
Herrn. Börsenstraße 15, 1.

## Zu vermieten

zum 1. August eine Oberwohnung.  
Bant, Adolfsstraße 5.

## Zu verkaufen

ein Rover. Marktstraße 39.

## Gesucht

auf sofort oder später ein Lehrling.  
**B. R. & Diek,** Fleis-,  
Barbier und Friseur.

## Cigarren

in allen Preislagen von 2,50 bis

15 Mark per 100 Stück empfiehlt

**L. Kaufmann,**

Ulmestraße 24.

## Frachtbrieife

sind vorrätzig in der  
Buchdr. des **Nordd. Volksblattes**.

**Gemeinsame Ortskrankenkasse  
der vereinigten Gewerke  
der Stadt Wilhelmshaven, der  
Gemeinden Bant, Neuen- und  
Seppens.**

Am Montag den 28. Mai  
Abends 8 Uhr

## General - Versammlung

in **Rathmann's** Lokal.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung.
2. Festsetzung des Gehalts für den  
Rechnungsführer.
3. Wahl der Krankenbesucher.
4. Verschiedenes.

**Der Vorsitzende.**

## Gesangverein „Harfe“.

Umstände halber findet die Gesangstunde  
am **Freitag den 25. Mai** statt.

**Der Vorstand.**

## Arbeiter-Fortbildungsschule Bant.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Unterricht der Arbeiter-  
Fortbildungsschule bis zum 4. Sep-  
tember ausfällt. **Der Vorstand.**

## Tanz-Kursus.

Den geehrten Eltern, deren Söhne und  
Töchter am

## Kinder-Kursus

im Saale des Herrn **Frier** (Nähringer  
Hof) theilnehmen wollen, theile ergeben  
mit, daß der erste Liebungsabend **Mittwoch  
den 23. Mai,** Nachmittags von 6 bis  
8 Uhr stattfindet.

Anmeldungen werden bis Sonnabend  
den 2. Juni während der Langstunden  
entgegengenommen.

**H. Turrey, Tanzlehrer.**

## Billiger wie jede Konkurrenz!

## Trauer-Kränze

Sorbeerkränze von 75 Pf. an, Palmenkränze  
von 1,50 Mk. an, Brautbouquets von  
3 Mk. an, Kirchen-Decorationen zum Preise  
von 5 Mk. — Ferner empfehle ich:

## Blühende Pflanzen sowie Blatt-Pflanzen.

## Oscar Renken,

Kunst- und Handelsgärtner,  
**Wilhelmshaven, Moonstraße 39.**

## Wulf & Francksen



Anstellung fertiger Betten.

### Einschläfige Betten

Nr. 10

aus roth-grau gestreift. Atlas  
mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 10,25  
Unterbett 10,25  
2 Kissen 7,—  
Mk. 27,50  
zweischläfig Mk. 31,—

### Einschläfige Betten

Nr. 10b

aus roth-bunt gestreift. Atlas  
mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 13,50  
Unterbett 13,50  
2 Kissen 9,—  
Mk. 36,—  
zweischläfig Mk. 40,50

### Einschläfige Betten

Nr. 11

aus rothem oder roth-rosa Atlas  
mit 16 Pfund Halbbaunen.

Oberbett 17,50  
Unterbett 17,50  
2 Kissen 10,—  
Mk. 45,—  
zweischläfig Mk. 50,50

### Einschläfige Betten

Nr. 12

Oberbett aus rothem Daunens-  
löper. Unterbett aus roth. Atlas  
mit 16 Pfund Daunens u. Federn.

Oberbett 22,—  
Unterbett 20,50  
2 Kissen 12,—  
Mk. 54,50  
zweischläfig Mk. 61,—